

# Blick vom SPD Torturm



*Ein kommunalpolitisches Infoblatt der SPD Winnenden*

## Internationaler Frauentag - Politik machen für Frauen

***Seit fast hundert Jahren gehen Frauen am 08. März, dem "Internationalen Frauentag" auf die Straße, um für ihre Rechte einzutreten und für bessere Lebensbedingungen zu streiten.***

Die Chancengleichheit und Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen ist noch längst nicht erreicht.

So ist die Situation für Frauen am 8. März 2004: Sind das überflüssige Forderungen?

*1. Humane Politikformen, Toleranz und Frieden?*

80 % der Opfer in „neuen Kriegen“ sind Zivilbevölkerung: Frauen und Kinder.

Seit den 90er Jahren gelten Vergewaltigung, Zwangsprostitution, sexuelle Misshandlungen „als strategische Waffen“ in Konflikten.

Männergewalt gegen Frauen und Mädchen sind alltäglich, die Vermarktung des weiblichen Körpers in den Medien hat gegenüber den 80er Jahren wieder stark zugenommen.

*2. Vereinbarkeit von Beruf und Familie? Familiengerechte Arbeitszeiten?*

Die Erziehung von Kindern ist weiterhin „Frauensache“, nur 2% der Männer nehmen Erziehungsurlaub. Gut 1/3 der Alleinerziehenden Frauen lebt in Einkommensarmut.

*3. Recht auf Arbeit und gerechte Entlohnung? Berufliche Entfaltung?*

2003 verdienten Frauen durchschnittlich 30 % weniger als die Männer.

Frauen haben schlechtere Karrierechancen, Tarifverträge diskriminieren durch schlechtere Bewertung typischer Frauentätigkeiten, „Mini-Jobs“ sind Frauen-Jobs.

Der Anteil der erwerbstätigen Frauen, die berufstätig sind, ist um 15% geringer als der

entsprechende Anteil bei den Männern, nur 35 % dieser Frauen arbeiten in Vollzeit. Bei den geringfügig Beschäftigten ist der Frauenanteil dagegen mit 90% unverhältnismäßig hoch.

*4. Eigenständige soziale Sicherung?*

Geringes Einkommen, Abhängigkeit von der Sozialhilfe und Lücken in der Erwerbsbiografie behindern die eigenständige soziale Sicherung.

„Riester Rente“: Bei gleichen Beträgen bekommen Frauen weniger Rente.

Die Betreuung und Pflege alter Menschen obliegt weiterhin vor allem den Frauen. Die Situation der beruflichen Pflege und die Situation der Gepflegten ist weiterhin unbefriedigend: schlechte Arbeitsbedingungen, sehr schwere Arbeit, niedriger Lohn

und daher auch unzureichende Betreuungsqualität.

### Frauen sollten gut informiert sein!

Das Sozialministerium Baden-Württemberg hat ein

Hier können Sie sich zu Wort melden:

- Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, Kreisverband Rems-Murr, Nanci Greco
- SPD-Landesverband, Gudrun Igel-Mann, Postfach 10 42 63, 70037 Stuttgart; Fax 0711/61936-48, email: gudrun.igel-mann@spd.de
- MdB Hilde.Mattheis@t-online.de oder Fax an 0731/3870322

landesweites **Fraueninformationssystem** eingerichtet. Ab sofort können unter [www.frauen-aktiv.de](http://www.frauen-aktiv.de) umfassende Informationen zu Themenbereichen wie Arbeitswelt, Bildung, Gender Mainstreaming, Gesellschaft, Lebenslagen und Frauenpolitik abgerufen werden, die laufend aktualisiert und ergänzt werden.

Außerdem können Veranstaltungstermine mit einem eigens eingerichteten Terminservice direkt in das System eingestellt werden. Außerdem sind eine Vielzahl frauenspezifischer Adressen, Publikationen, und weiterführender Links verfügbar.

#### AsF – Frauen in der SPD

In der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen sind kritische SPD-Frauen organisiert, die ihren männlichen

Parteigenossen auch mal auf die „Finger klopfen“, wenn die Rechte der Frauen mal wieder unberücksichtigt bleiben.

Die ASF-Frauen sind an ihrer Meinung und Kritik sehr interessiert und offen für aktuelle Fragen!

#### Neue Homepage der ASF Ba-Wü:

Die AsF Baden-Württemberg ist ab sofort mit einer neu gestalteten Homepage im Internet vertreten:

Über die Seiten der Landes-SPD (<http://www.bawue.spd.de>) unter der Rubrik AGs oder auch direkt unter <http://asf.bawue.spd.de>

*Ute Berndt-Wießler*

## Historische Frauen in Winnenden

„Berühmt, bekannt und ungenannt“ hieß das Stück, mit dem die Theatergruppe des Vereins "Frauen in Winnenden" im Oktober 2001 von sich reden machte. Viele Frauen wurden beschrieben, stellvertretend für sie möchte ich hier nochmals zwei benennen:

**Lisette Fischer** war Lehrerin in Hertmannsweiler von 1894 – 1901. Ihre Einstellung kam dem Gemeinde- und Kirchenrat un-gelegen, da man ihr Gehalt lieber für die Anschaffung einer neuen Orgel verwenden wollte. Zudem machte sie sich in der Bevölkerung unbeliebt, da sie dem Schulunterricht in deren Augen eine zu hohe Bedeutung zumaß. 1901 wurde sie schließlich ihres Amtes enthoben. – Lehrerinnen durften erst seit 1858 mit dem Einverständnis der Gemeinde an Volksschulen unter-

richten. Sie hatten weniger Rechte und bezogen weniger Gehalt als die männlichen Kollegen. Sobald sie heirateten, verloren sie ihre Stelle und den Anspruch auf eine spätere Altersversorgung (!).

**Marie Huzel** wurde 1856 als 4. Kind einer angesehenen Arztfamilie geboren, dadurch war für ihren Lebensunterhalt gesorgt, sodass sie sich nicht in die 'soziale Sicher-

**Am 13. Juni 2004 ist Wahltag!** Gewählt werden das Europaparlament, die Regionalversammlung, der Kreistag und der Gemeinderat. Wir haben gute Kandidatinnen und Kandidaten. Jetzt sind Sie, die Bürgerinnen und Bürger am Zug. Brechen Sie den Trend der rückläufigen Wahlbeteiligung. Gehen Sie wählen, denn eine hohe Wahlbeteiligung ist wichtig!

heit einer Ehe' begeben musste. Am 1.8.1934 schenkte sie der Stadt Winnenden ein Gartengrundstück sowie 27.000 RM zur „Erstellung einer Kleinkinderschule.“ Als das Bauvorhaben 3.000 RM teurer werden würde, zahlte sie diesen Betrag und übernahm gleichzeitig die Bauherrin-

nenschaft, damit war jede Einmischung von anderer Seite verhindert. Sie befürchtete die Verbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts in ihrem Kindergarten und dies war mit ihrem Glauben nicht vereinbar; deshalb bestand sie auf Erzieherinnen aus dem Mutterhaus der Kleinkinderschwester Großheppach – einer Einrichtung der evang. Kirche Württemberg. Am Tag der Einweihung wurde Marie Huzel auch aufgrund ihres sonstigen sozialen und wohltätigen Engagements Ehrenbürgerin der Stadt Winnenden – bislang blieb sie die einzige Frau unter vielen Männern.

*Gabriele Hegner*

## "Markthaus" contra "Dritte Sporthalle"? Winnenden braucht beides! Je schneller, desto besser!

Aufgrund der finanziellen Situation der Stadt Winnenden hat der Gemeinderat im April letzten Jahres eine Prioritätenfestlegung vornehmen müssen. Mehrheitlich hat der Gemeinderat dem Markthaus die 1. Priorität eingeräumt. Zwischenzeitlich ist ein dreiviertel Jahr vergangen, viele Gespräche zwischen Investor und Stadtverwaltung wurden geführt. Ende des Jahres wurden seitens des Investors Nachforderungen erhoben. Der Gemeinderat hat in einer nicht-öffentlichen Sitzung über diese Nachforderungen beraten und sie mehrheitlich genehmigt. Die Stadtverwaltung hat via Pressegespräch die Bürgerschaft informiert.

Das Markthaus ist ein komplexes Projekt. Viele Interessengruppen sind unter einen Hut zu bringen. Das Markthaus ist zudem mit wirtschaftlichen Risiken verbunden. Das sind die Gründe, warum das Projekt sich in der Vergangenheit hinzog.

Nach der Entscheidung des Gemeinderats im Februar heißt es jetzt: Hopp oder Top. Der Investor ist am Zug. Er muß Fristen einhalten. Im Laufe des Jahres 2004 wird sich der Weg weisen!

Wichtig bei der ganzen Diskussion ist mir, dem Eindruck entgegenzutreten, dass die Dritte Sporthalle sofort in Angriff genommen werden könnte, falls das Markthaus nicht realisiert werden würde. Das

wird leider nicht so automatisch gehen. Denn Sie müssen beachten: Die Stadt hat in der Vergangenheit Grundstücke für die Sanierung der Innenstadt aufgekauft. Diese Mittel sind gebunden. Die Stadt hat in der Vergangenheit des Weiteren bereits öffentliche Zuschüsse für die Sanierung der Innenstadt erhalten. Im Klartext bedeutet dies: Die Innenstadt muß eine Sanierung erhalten, andernfalls müssen die erhaltenen Zuschüsse zurückbezahlt werden.

Markthaus hin - Markthaus her: Wir wollen eine attraktive und lebendige Innenstadt und die Entwicklung der Innenstadt bindet Finanzmittel.

*Andreas Herfurth*

**Termine: 19.03.04 Mitgliederversammlung mit Wahl der Kandidat(inn)en zur Kreistags- und Kommunalwahl, 26.03.04 Vorstandssitzung und Stammtisch**

### Kreistag entscheidet zugunsten eines Klinik-Neubaus in Winnenden!

Der Kreistag hat am 16.02.2004 eine wichtige und weitreichende Entscheidung zur Struktur der Rems-Murr-Kliniken getroffen. Es ging um die Frage, wie langfristig die qualitativ hochwertige Krankenhaus-Versorgung im Rems-Murr-Kreis sichergestellt werden kann. Vor etwa zwei Jahren empfahl ein Gutachter die Schließung der Krankenhäuser in Waiblingen und Backnang und schlug stattdessen einen Neubau vor. Trotz vielen anderen Meinungen bin ich für einen Neubau, weil: Das Gutachten der Firma HWP ist in seiner Aussage eindeutig. Es ist die einzig wirtschaftlich tragbare Variante. In einem neuen Krankenhaus kann höherwertige Medizin unter betriebswirtschaftlich besseren Bedingungen geboten werden. Das bedeutet einen entlasteten Kreishaushalt und gleichzeitig eine bessere Versorgung. Ein Argument,

das gegen einen Neubau genannt wird, ist zum Beispiel, dass die **wohnortnahe Versorgung** das Wichtigste sei. Sicher ist es ein Vorteil, kurze Wege zum Krankenhaus zu haben. Ich bestreite jedoch, dass es das einzig wichtige Argument ist. Zumal in keinem der bisherigen Krankenhäuser alle Leistungen erbracht werden können. Zum Abschluss noch ein Beispiel: Es wird ein hoher Grad an Unsicherheit bzgl. Baukosten und Zuschüssen beklagt. Natürlich gibt es auch hier Unsicherheit. Das Land hat noch keine feste Zusage über Zuschüsse gegeben. Die Baukosten seien unsicher, falsch kalkuliert und enthielten verschiedene Positionen erst gar nicht. Das ist aber klar, da das Gutachten unabhängig von einem konkreten Standort erstellt wurde. Ein Neubau macht nur in Winnenden Sinn, da es zahlreiche Möglichkeiten zur

gemeinsamen Nutzung mit dem ZfP gibt. Und weil an der Ausschöpfung solcher Synergien natürlich auch das Land ein erhebliches Interesse hat, wird es dann auch maximale Zuschüsse geben. Ich habe mich letztlich auch deshalb so sehr für diesen Beschluss eingesetzt, weil ich nicht verantwortlich sein möchte für eine deutlich wachsende Kreisumlage, die durch steigende Betriebsverluste der Krankenhäuser verursacht wird und wegen derer wir dann irgendwann trotzdem Häuser schließen oder an Privatinvestoren verkaufen, bei denen wir dann keinen Einfluss mehr darauf haben, wie sich unserer Krankenhauslandschaft entwickelt.

*Thomas Fokken, SPD-Kreisrat*

## Ist die Politik der Regierung wirklich so schlecht?

### Die Alternativen der CDU/CSU im Vergleich

Wer als SPD-Anhänger derzeit die allgemeine Stimmung im Land zu (be)greifen versucht, dem wird schlecht angesichts der miserablen Umfrageergebnisse, aber auch der sich zuspitzenden Ablehnung unserer Politik durch einen großen Teil der Normalbürger.

Steuerreform? Ja bitte, aber nicht auf meine Kosten!

Gesundheitsreform? Na klar, aber ich zahle schon genug.

Fakt ist: Keiner will gern was abgeben, jeder will ungeschoren davonkommen. Ist das so?

Man hört auch andere Stimmen: Die Reformen müssen weitergehen, sie dürfen nicht im Ansatz stecken bleiben. Schlecht am Kurs der Bundesregierung sei, so hört man oft, dass es ihr nicht gelinge, diese Politik richtig zu verkaufen. Das ist ein Punkt, auf den ich näher eingehen will. Denn das ist es, was die Opposition rigoros ausnutzt. Sie protestiert auch nicht, wenn die Regierung als „Böser Bub“ dargestellt wird, der die massiven Einschnitte im Gesundheitswesen zu verantworten habe. Zwar hält CDU/CSU ihre schützende Hand über Pharmaindustrie und die Ärztelobby, aber das will die Bevölkerung ohnehin nicht wissen.

Doch das ist noch lange nicht das Ende des Säbels, der in den Händen der Opposition rasselt:

- Noch in den Verhandlungen zur Steuerreform haben sie im Vermittlungsausschuss milliardenschwere Subventionen rigoros verteidigt und damit weitergehende Steuersenkungen für die Bürgerinnen und Bürger zum 1.1.2004 verhindert.
- Der Vorschlag der CDU zur Steuerreform sieht die Absenkung der Einkommensgrenze, ab der der Spitzensteuersatz in Höhe von 36% zukünftig greift, auf 40.000 Euro vor. Damit zah-

len zukünftig der Facharbeiter/in genau denselben Steuersatz wie der Manager, der Vorstandsvorsitzende oder Geschäftsführer.

- Wenn es nach dem Willen der CDU ginge, würden die unteren und mittleren Einkommensbezieher, also zum Beispiel die Krankenschwester oder der Schichtarbeiter, gar nicht entlastet, weil ihnen der Sparerfreibetrag, die Entfernungspauschale und die Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschläge weggenommen wird – um die Spitzenverdiener steuerlich zu entlasten.
- Nur allzu gern würden CDU/CSU die Tarifautonomie aushebeln und die Gewerkschaften aufs Abstellgleis schieben; die Folge wären unter anderem ein Lohndumping quer durch alle Branchen und eine massive Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit ohne Lohnausgleich; das Streikrecht der Arbeitnehmer wäre de facto abgeschafft.
- Die CDU fordert den Abschied von der paritätischen Krankenversicherung zu Lasten der Arbeitnehmer und die Einführung einer Kopfpauschale. Das wäre das Ende der bisherigen solidarischen Krankenversorgung; ist das gerecht? Denn die Einführung der Kopfpauschale bei der Krankenversicherung bewirkt, dass die Verkäuferin gegenüber heute das dreifache bezahlen muss, während derjenige, der 10.000 Euro an Einkommen bezieht, weniger bezahlen muss. Demgegenüber denkt die SPD über die stufenweise Einführung einer Bürgerversicherung nach, um langfristig und nachhaltig die solidarische Krankenversicherung zu sichern.

- Dann ist da auch noch die seltsam anmutende öffentliche Diskussion in den Medien zum Thema Schwarzarbeit. Es geht nicht darum, wie es die CDU uns vorgegaukelt hat, die Putzfrau zu kriminalisieren, es geht vielmehr darum, die organisierte, kriminelle Schwarzarbeit vor allem am Bau zu stoppen,

#### Impressum

##### Verantwortlich i.S.d.P.:

Andreas Herfurth, Haselsteinstraße 10, 71364 Winnenden

##### Redaktion:

Andreas Herfurth, Thomas Schick, Gabriele Hegner, Konstanze Küster, Benjamin Dörr, Erwin G Halter

**Layout:** Thomas Schick

##### Internet:

<http://winnenden.bawue.spd.de>

durch die unseren Haushalten jährlich Gelder in Milliardenhöhe vorenthalten werden. Das geht zu Lasten der Arbeitnehmer und Sozialversicherungen.

Die hier aufgeführten Punkte könnten teilweise aus einem Horrorszenario stammen, mit dem wieder mal deutlich wird, wessen Interessen die CDU/CSU vertritt. Vielleicht geht das auch denen einmal auf, denen die Schritte, die von der SPD eingeleitet worden sind, als sozial unausgewogen und ungerecht erscheinen. In manchen Einzelfällen mag das auch so sein; hier müssen Härtefallregelungen Abhilfe schaffen.

Aber was ist das im Gegensatz zu dem, was uns blüht, wenn es der CDU/CSU gelingen sollte, ihre Forderungen und Vorstellungen umzusetzen?

Ich mag mir das nicht ausdenken.

*Thomas Schick*